A b d r u c k
Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreisausschusses
von Montag, den 15.12.2014,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:	14:00 Uhr
Ende der Sitzung:	16:55 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.

Für den in der Zeit von 17:00 Uhr bis 17:25 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Herr Dietmar Fieger
Herr Dr. Heinz Kaiser
Herr Thomas Köhler
Herr Dr. Heinz Linduschka
Herr Matthias Luxem
Frau Petra Münzel
Herr Günther Oettinger
Herr Jürgen Reinhard
Herr Peter Schmitt
Herr Stefan Schwab
Herr Roland Weber

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Frau Seidel, UB 1
Herr Krämer, UB 3
Frau Hörnig, UB 4
Herr Wosnik, UB 5
Herr Feil, Abt. 1
Herr Rosel, Abt. 3
Herr Pache, Abt. 5
Herr Winkler, SG 22
Herr Hofmann, SG 31
Frau Wagner, Schriftführerin

Ferner haben teilgenommen:

Herr Thomas Zöller, Gast
Herr Betz, Nahverkehrsbeauftragter
Herr Lebold, Kreisbrandrat
Frau Sangnier, Räuberland

Tagesordnung:

- 1 Sachstand Förderung Kreisjugendring
- 2 Erhöhung der Beteiligung der ZENTEC an der FrankfurtRheinMain GmbH;
Aufstockung der Zahlung des Landkreises an ZENTEC
- 3 Aufstellungsverfahren des einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar, Teilregionalplan
Windenergie i.d.F. vom Juni 2014
- 4 Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windenergie der Stadt Freudenberg;
Darstellung von Bauflächen, Konzentrationszonen und Ausschlussflächen durch die Stadt
Freudenberg am Main
- 5 Vollzug des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes (BayKSG);
Ertüchtigung des Dienstgebäudes Brückenstraße 2 des Landratsamts Miltenberg um eine
Notstromversorgung:
Beschaffung eines dieselbetriebenen Notstromaggregats
- 6 Vollzug des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFwG);
Ersatzbeschaffung eines Kommandofahrzeugs für den Landkreis Miltenberg
- 7 Vollzug des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFwG);
Ertüchtigung der Funkinfrastruktur durch die Neuerrichtung eines Gleichwellenfunknetzes
für den Bereich der Feuerwehr im Landkreis Miltenberg;
Errichtung einer zusätzlichen Relaisstellenfunkstation für das Gemeindegebiet Mömlingen
- 8 Antrag auf eine projektbezogene Förderung „24h von Bayern“
- 9 Antrag auf einen jährlichen Zuschuss des Landkreises Miltenberg in Höhe von 5.000 Euro
zur Mitfinanzierung der Sommerfestspiele des Clingenburg Festspiele e.V.
- 10 Ergänzende Maßnahmen zur Direktanbindung des Südspessart bzw. des Raumes Amor-
bach an das Zentrum Miltenberg
- 11 Fortführung der 2014 begonnenen Maßnahmen im Raum Elsenfeld-Erlenbach bzw. im
Stadtbus Miltenberg – Finanzierung zur Verbesserung der Fahrmöglichkeiten im Berufs-
und Schulverkehr
- 12 Fortführung des Wochenendverkehrs Amorbach – Mudau – Eberbach mit Fahrradanhä-
nger. Finanzierungsvereinbarung mit dem Neckar-Odenwald-Kreis
- 13 Stärkung der Anerkennungskultur
- 14 Änderung der Durchführungsrichtlinien der Ehrenordnung des Landkreises Miltenberg
- 15 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Sachstand Förderung Kreisjugendring

Herr Winkler erläutert, die Förderung des Kreisjugendrings erfolgt auf zwei Ebenen: Zum einen werden die Brutto-Personalkosten für eine halbe Vollzeitstelle Geschäftsführung und 400 € monatlich an Personalkosten für die Buchhaltung erstattet.

Zum anderen erfolgt eine pauschale Förderung von jährlich 40.500 €. Diese Mittel sind zweckbestimmt für die Förderung der Vereine und Verbände sowie für die Verwaltungs- und Geschäftsstellenkosten einschließlich der Miete. Dies wurde so 2009 schriftlich festgelegt.

Im Jahr 2013 wurden zusätzlich ohne schriftliche Vereinbarung 5.000 € aus der Haushaltsstelle 36290.531812 „Förderung von Vereinen und Verbänden“ bewilligt. Die zugewiesenen Mittel wurden im Haushaltsjahr 2013 nicht zweckbestimmt verbraucht sondern in Höhe von rund 23.000 € der Rücklage zugeführt. Deshalb besteht trotz gegenteiliger öffentlich erhobener Forderungen durch den Kreisjugendring anlässlich seiner Herbstvollversammlung kein Handlungsbedarf, erläutert Landrat Scherf zusammenfassend.

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Erhöhung der Beteiligung der ZENTEC an der FrankfurtRheinMain GmbH; Aufstockung der Zahlung des Landkreises an ZENTEC

Landrat Scherf erläutert, die Region Bayerischer Untermain sei über die ZENTEC GmbH seit 2005 Gesellschafter bei der „FrankfurtRheinMain GmbH – International Marketing of the Region“ (FRM GmbH). Der Kreisausschuss hatte in seiner Sitzung am 21. April 2005 zugestimmt, dass die ZENTEC einen Geschäftsanteil an der damals neu gegründeten Gesellschaft von einem Prozent übernimmt. Entsprechend diesem Geschäftsanteil zahlen die Partner in der Region seit dem Jahr 2006 jährlich 40.000 € für die Erfüllung der Aufgabe in die FRM GmbH ein, davon je 10.000 € die beiden Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg sowie die Stadt Aschaffenburg. Weitere 10.000 € tragen die fünf Gesellschafterbanken der ZENTEC GmbH.

Die FRM GmbH habe mit Schreiben vom 15. September 2015 angeregt, zu prüfen, ob eine stärkere Beteiligung der Region Bayerischer Untermain angebracht sei.

Eine mögliche Erhöhung sei zwischenzeitlich in einer Sitzung der ZENTEC-Gesellschafter erörtert worden. Dabei sei eine solche Erhöhung für sinnvoll erachtet und die Verdopplung empfohlen worden. Die Gesellschafterbanken haben bereits ihre Bereitschaft erklärt, ihren Anteil ebenfalls zu verdoppeln.

Seitens der Verwaltung werde die Erhöhung des Geschäftsanteils sowie der jährlichen Zuschüsse empfohlen. Die Region Bayerischer Untermain habe bezogen auf ihre Einwohnerzahl bislang einen Beitrag von 0,11 € je Einwohner gezahlt und damit erheblich weniger als andere Landkreise oder Regionen, die im Bereich zwischen 0,14 und 3,91 € je Einwohner an der FRM GmbH beteiligt sind. So zahle beispielsweise der Main-Kinzig-Kreis 0,34 € pro Einwohner und der Kreis Offenbach 0,41 € pro Einwohner. Bei den Städten ist der Pro-Kopf-Betrag zum Teil noch deutlich höher: Die Stadt Eschborn trage 3,91 € pro Einwohner und Frankfurt/Main 2,17 € pro Einwohner.

Seit einiger Zeit finde in der Metropolregion FrankfurtRheinMain eine Neustrukturierung der Organisationen statt. Die FRM GmbH übernehme als Folge dieses Prozesses verstärkt Aufgaben von anderen Organisationen und solle sich in Zukunft auch intensiver um die rheinmain-internen Strukturen kümmern; insbesondere werde sie auch Aufgaben des Vereins Wirtschaftsförderung FrankfurtRheinMain übernehmen.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die FRM GmbH ein wichtiger Partner für die Region Bayerischer Untermain sei. Es sei für unsere Region wichtig, als Teil der Metropolregion FrankfurtRheinMain wahrgenommen und vor allem dort auch anerkannt zu werden.

Die Zusammenarbeit funktioniere in der Metropolregion sehr gut, was nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken ist, dass die Region 1 über die ZENTEC GmbH Gesellschafter der FRM GmbH ist. Diese Vernetzung stelle somit auch einen nicht zu unterschätzenden Vorteil für den Landkreis Miltenberg dar.

Der Kreistag Aschaffenburg habe dies bereits beschlossen, im Stadtrat werde es am 12. Januar Thema sein.

Kreisrat Dr. Linduschka fragt nach, wer im Gegensatz dazu die entsprechenden %-Anteile abgebe.

Herr Dr. Heimann antwortet, die FrankfurtRheinMain GmbH selbst habe 10% der Anteile und gebe davon ab.

Kreisrätin Münzel interessiert, was die FrankfurtRheinMain GmbH konkret für den Landkreis Miltenberg tue. Sie frage auch, ob man für mehr Geld auch mehr Leistung erhalte.

Kreisrat Oettinger äußert zu den Beteiligungen, einige Städte aus Hessen seien ausgestiegen und unter den Rettungsschirm der Hessischen Staatsregierung geflüchtet. Diese Anteile habe die FrankfurtRheinMain GmbH übernommen. Diese Einrichtung sei ein Segen, die zu knüpfenden Beziehungen seien unverzichtbar. Er bedauere nur, dass nicht mehr Gemeinden, die ja alle Mitglied seien, an den Sitzungen, die in Frankfurt stattfinden, teilnehmen. Wenn man schon Mitglied sei, gehöre es auch zur Aufgabe, sich dort verstärkt sehen zu lassen.

Kreisrat Dr. Fahn fragt nach einer Übersicht, wieviel Euro des Landkreises nun schon zur Unterstützung zur ZENTEC zusammen gekommen seien, dies wäre einmal ganz interessant zu wissen.

Kreisrat Dr. Kaiser schließt sich Kreistag Oettinger an. Diese Einrichtung sei dringend notwendig. Man brauche den Anschluss an die Metropolregion. Er sei der Auffassung, dass die ZENTEC GmbH das Geld wert ist.

Landrat Scherf dankt für die unterstützenden Wortbeiträge. Man erhalte von ZENTEC für die finanzielle Leistungen Dienstleistungen, zum Einen die Initiative Bayerischer Untermain für 60.000 Euro im Jahr, Regionalmarketing, Wirtschaftsförderung für 48.000 Euro, Clusterbildung für 80.000 Euro im Jahr, ZEWIS für 20.000 Euro, Energieagentur für 40.000 Euro und jetzt wäre es eben eine Erhöhung im Hinblick auf die Beteiligung bei der FrankfurtRheinMain GmbH von 10.000 Euro im Jahr. Große Handlungsfelder seien alles rund um Demografie, Energie, Heimat, Innovation, Kommunikation, er könne hier noch sehr viel ausführen. Er verweise auf die übernächste Kreistagssitzung am 18. Mai 2015 und den dort vorgesehenen Geschäftsbericht der ZENTEC GmbH.

Herr Dr. Heimann ergänzt, die FrankfurtRheinMain GmbH sei die Alleinstellung überhaupt, die man in Bayern habe. In den letzten Jahren sei der Region zu Gute gekommen, dass man sehr günstig gefahren sei, man habe einen geringen Preis bezahlt für die erhaltenen Leistungen. Man habe die Aufgabe, sich weltweit als Region aufstellen zu müssen. Diese Frage werde uns immer wieder einholen. Die FrankfurtRheinMain GmbH sei weltweit präsent. Die Nähe zum Flughafen sei natürlich wichtig für alle Firmen. Was die FrankfurtRheinMain GmbH mehr mache in Zukunft sei die stärkere Branchenausrichtung, sie habe sich neu strukturiert und dies sei auch für uns eine Chance. Ob man dann Ansiedelungen bekomme, sei schwierig zu prognostizieren, aber die Chancen seien da. 2% Anteil sei deutlich unter

dem, was Frankfurt zahle. Daher sei man gut beraten, auch aufgrund der Chancen, die sich bieten.

Kreisrat Reinhard äußert auch von seiner Seite Unterstützung. Er wolle in Erinnerung rufen, dass sich von den Gemeinden, die über den Landkreis dort Mitglied seien, die wenigsten daran beteiligen, die sei schade. Meist seien es tatsächlich nur Bürgermeister Oettinger, Bürgermeister Kern und er, die sich an den Sitzungen beteiligen. Es kommen regelmäßig über diese Organisation Gewerbeanfragen. Wenn die Gemeinden dies stärker nutzen würden, hätten sie auch stärkere Chancen auf Gewerbeansiedlungen. Hier müsse mehr Werbung gemacht werden.

Kreisrat Oettinger weist auf den 19.03.2015 hin, dort finde eine Jubiläumsveranstaltung bei der FRM statt, eine gute Chance für die Kollegen.

Der Kreisausschuss fasst einstimmig den

B e s c h l u s s :

Der Erhöhung der Geschäftsanteile der ZENTEC GmbH an der FrankfurtRheinMain GmbH – International Marketing of the Region von derzeit 1 % (2.500 €) auf dann 2 % (5.000 €) wird zugestimmt.

Vorbehaltlich gleichlautender Beschlüsse des Landkreises Aschaffenburg sowie der Stadt Aschaffenburg stimmt der Kreisausschuss einer Erhöhung des jährlichen Anteils des Landkreises Miltenberg für die Arbeit der FrankfurtRheinMain GmbH – International Marketing of the Region von derzeit 10.000 € auf dann 20.000 € ab dem Jahr 2015 zu.

Tagesordnungspunkt 3:

Aufstellungsverfahren des einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar, Teilregionalplan Windenergie i.d.F. vom Juni 2014

Herr Pache erläutert anhand von Plänen:

I. Sachverhalt

Die Verbandsversammlung des Verbandes Region Rhein-Neckar hat auf der Grundlage des Beschlusses vom 04.06.2014 die Einleitung des Offenlage- und Beteiligungsverfahrens für das Aufstellungsverfahren des einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar, Teilregionalplan Windenergie beschlossen. Rechtsgrundlage dieses Verfahrens ist der am 26.07.2005 zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz ratifizierte Staatsvertrag über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet. Das Aufstellungsverfahren des Teilregionalplans Windenergie richtet sich gem. Art. 5 Abs. 1 des Staatsvertrages für das gesamte Verbandsgebiet nach dem gültigen Landesplanungsgesetz des Landes Rheinland-Pfalz.

II. Stellungnahme

Die Vorranggebiete für die regionalbedeutsame Windenergienutzung sind in der Raumnutzungskarte des Einheitlichen Regionalplanes Rhein-Neckar dargestellt. Solche, bei denen im Falle einer Errichtung von Windenergieanlagen ein flächenübergreifender Bezug von Wirkungen auf die Umwelt über die Landesgrenzen hinweg nach Bayern möglich erscheint, sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

lfd. Nr.	Bezeichnung im Teil-regionalplan Rhein-Main	Entfernung zur Landesgrenze BW - By	Entfernung nächste Wohnbebauung
1	NOK-VRG01-W	4550 m	Breitenbach: 5.680 m Ottorfszell: 7.250 m
2	NOK-VRG02-W	3.000 m	Beuchen: 4.500 m Zittenfelden: 4650 m
3	NOK-VRG08-W	4.800 m	Zittenfelden: 6.100 m Beuchen: 6.550 m
4	NOK-VRG10-W	4250 m (Storchhof)	Hambrunn: 4.400 m Zittenfelden: 5.500 m Geisenhof: 5.700 m Reichartshausen: 6.400 m Storchhof: 4.350 m
5	NOK-VRG11-W	2.750 m (Storchhof)	Storchhof: 2850 m Geisenhof: 5.300 m Windischbuchen: 4.200 m Schulzenmühle: 3.700 m
6	NOK-VRG12-W	550 m	Schulzenmühle: 1.200 m Lauersmühle: 1.150 m Guggenberg: 1.800 m Heppdiel: 2.250 m Deponie, Abfallannahme: 2.500 m Windischbuchen: 2.300 m

Entfernungsangaben als Anhalt, nicht punktgenau

Landschaftsbild

Von Seiten des Landratsamtes Miltenberg werden gegenüber der Ausweisung der Vorrangfläche NOK-VRG10-W, NOK-VRG12-W und NOK-VRG02-W Bedenken erhoben, da das Landschaftsbild in der Bayerischen Naturparkverordnung „Odenwald“ und dem derzeit gültigen Regionalplan Bayerischer Untermain besonders geschützt ist. Die von den naturgemäß hohen, weithin sichtbaren Windkraftanlagen ausgehenden landschaftsbildbezogenen negativen Auswirkungen auf das Maintal und das LSG Odenwald müssen bei der Auswahl der Vorrangflächen für Windenergieanlagen in die Abwägungskriterien einfließen.

Umzingelnde Wirkung

Ferner weisen wir in Bezug auf das Vorranggebiet NOK-VRG12-W auf das Schreiben des Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit vom 07.08.2013, AZ: 72a-U8721.0-2013/20-1, hin, in dem auf die umzingelnde Wirkung von Windkraftanlagen und die damit verbundenen Auswirkungen auf das menschliche Wohlbefinden eingegangen wird. Umzingelnde Wirkungen von Windkraftanlagen können das menschliche Wohlbefinden beeinträchtigen und hängen unmittelbar von den örtlichen Gegebenheiten ab und sind im Einzelfall zu ermitteln. Als Orientierungswerte für die Einzelfallprüfung wurden zwei Vorgaben an die Hand gegeben:

- „Um einen freien Blick in die Landschaft zu ermöglichen, sollte mindestens ein Bereich des räumlichen Sehens (Fusionsblickfeld) freigehalten werden. Als Anhaltspunkt für die Freihaltung eines Blicks in die Landschaft kann eine maximale durchgehende Beeinträchtigung des Gesichtsfeldes bis zu ca. 2/3 gesehen werden.“

- *Ein Ortsteil sollte insgesamt nur zu maximal ca. 180° (also etwa die Hälfte des Ortsumfangs) von Vorranggebieten und/oder Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung umfasst werden, um Bezüge zwischen einem Ortsteil und der freien Landschaft nicht zu versperren und freie Blicke in mehrere Himmelsrichtungen zu ermöglichen.“*

Durch die Ausweisung des Vorranggebiet NOK-VRG12-W wird dieser 180° Blickwinkel in die freie Landschaft, insbesondere für die Gemeinde Neunkirchen versperrt, da die vorhandenen bzw. bereits geplanten Windkraftanlagen im Bereich Baden-Württemberg (Ebenheid, Rauenberg) und im Bereich Bayern (Neunkirchen, Eichenbühl-Guggenberg, Eichenbühl-Heppdiel) bereits den 180° Radius weitgehendst ausschöpfen.

Vorbelastung

Es wird darauf hingewiesen, dass, bezogen auf die Vorranggebiete für die regionalbedeutende Windenergienutzung NOK-VRG11-W, NOK-VRG12-W, an den auf bayerischer Gemarkung gelegenen maßgeblichen Immissionsorten bereits eine Vorbelastung durch bestehende Windkraftanlagen besteht. Es befinden sich aktuell fünf Anlagen auf der Gemarkung Riedern, drei Anlagen auf der Gemarkung Heppdiel, zwei auf der Gemarkung Windischbuchen sowie zwei weitere auf der Gemarkung Umpfenbach.

Zwei Windkraftanlagen sind immissionsschutzrechtlich genehmigt jedoch noch nicht errichtet. Die Standorte befinden sich auf der Gemarkung Riedern.

III. Zusammenfassende Würdigung

Von Seiten des Landratsamtes Miltenberg werden gegenüber der Ausweisung der Vorrangfläche NOK-VRG10-W, NOK-VRG12-W und NOK-VRG02-W Bedenken erhoben, da das Landschaftsbild in der Bayerischen Naturparkverordnung „Odenwald“ und dem derzeit gültigen Regionalplan Bayerischer Untermain besonders geschützt ist. Das Vorranggebiet NOK-VRG12-W ist von der umzingelnde Wirkung von Windkraftanlagen und die damit verbundenen Auswirkungen auf das menschliche Wohlbefinden betroffen, da an den auf bayerischer Gemarkung gelegenen maßgeblichen Immissionsorten bereits eine Vorbelastung durch bestehende Windkraftanlagen besteht.

Nachrichtlich:

Der Landkreis Miltenberg hat mit Schreiben vom 27.10.2014 Bedenken gegen das Aufstellungsverfahren des einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar, Teilregionalplan Windenergie geäußert.

Kreisrätin Münzel meldet sich zu Wort, sie sei erklärte Windkraft-Befürworterin und der Meinung, man könne Klimaschutz nur betreiben, wenn man auch Windkraftanlagen zulasse. Man habe ein Energie- und Klimaschutzkonzept verabschiedet und festgehalten, auf dem eigenen Gebiet 50 Windkraftanlagen errichten möchte. Dies sei in einem großen Diskussionsprozess einstimmig verabschiedet worden. Nun habe die Bayerische Staatsregierung Regelungen geschaffen, die es schier unmöglich machen, diese 50 Windkraftträder auf dem eigenen Gebiet zu errichten. Andere Bundesländer sehen dies ein wenig anders. Sie habe auch große Bauchschmerzen, wenn man nun diese bayerischen Regelungen anwende auf Anlagen, die in anderen Bundesländern errichten werden. Sie habe auch deshalb Bauchschmerzen, wenn sie sich die große politische Diskussion ansehe (Weltklimakonferenz), alle reden davon, dass man den CO₂-Ausschuss reduzieren müsse, alle sprechen von der Bedeutung regenerativer Energien, und wenn es dann darauf ankomme, wirklich etwas zu tun, dann gehe man sehr restriktiv vor. Daher wolle sie sagen, dass sie über diese Bedenken, die der Landkreis Miltenberg äußere, sehr unglücklich sei.

Landrat Scherf teile ihre Bauchschmerzen, aber man teile Baden-Württemberg die Gedanken mit und dort müsse abgewogen werden. Man verhindere ja nichts. Und für den eigenen

Landkreis habe man den Konsens, 50 Windkraftanlagen in der Region Bayerischer Unterrain zu errichten, man habe die grundsätzliche Problematik, dass es im Landschaftsschutzgebiet nicht erlaubt sei. Man habe nun endlich den Weg, dass man vor allem im Bayerischen Odenwald sinnvoll Windkraft nutzen könne und sei nun in der konkreten Zonierung mit dem Ziel, dass eine Änderung der Verordnung für den Naturpark Bayerischer Odenwald komme. Dies werde ein schwieriger Weg, aber man müsse sich an die Kriterien halten und viele Dinge beachten. Im Weg stehe auch die Änderung des EEG zum 01.01.2016. Die Bedenken müsse man äußern.

Kreisrat Oettinger bemerkt zum Thema Naturschutz, man habe im Regionalen Planungsausschuss gehört, dass man durchaus in der Lage sei, die 50 Anlagen bei uns zu errichten, die Flächen seien ausreichend. Er teile die Bedenken von Seiten der Verwaltung.

Auf Rückfrage von Kreisrat Reinhard zu den Informationen aus dem Regionalen Planungsausschuss antwortet Landrat Scherf, diese habe man im Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz vorgestellt.

Auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Fahn zur Höhe der Anlagen antwortet Herr Pache, die gegenwärtige Höhe im Stand der Technik sei 200 m Nabenhöhe. Man gehe aber teilweise schon auf 220 m.

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

**Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windenergie der Stadt Freudenberg;
Darstellung von Bauflächen, Konzentrationszonen und Ausschlussflächen durch die
Stadt Freudenberg am Main**

Herr Pache erläutert, der Gemeinderat der Stadt Freudenberg hat in seiner Sitzung am 07.05.2012 die Aufstellung des „Sachlichen Teilflächennutzungsplan Windenergie“ (Teilfortschreibung Windkraft, Darstellung von Vorrang- und Ausschlussflächen für Windkraftanlagen und Windparks) beschlossen. Die Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes betrifft das gesamte Gemeindegebiet der Stadt Freudenberg. Die frühzeitige Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte mit Schreiben vom 23.08.2012. Am 13.10.2014 hat der Gemeinderat der Stadt Freudenberg die förmliche Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen und um Stellungnahme bis 12.12.2014 gebeten.

Die im Entwurf des „Sachlichen Teilflächennutzungsplan Windenergie der Stadt Freudenberg“ ausgewiesenen Flächen wurden als Teilfortschreibung Windenergie 2020 durch den Regionalverband Heilbronn-Franken am 25.07.2014 als Satzung beschlossen.

Stellungnahme

Bauplanungs- und Bauordnungsrecht

Als Ergebnis der Abstimmung zwischen der Stadt Freudenberg und dem Regionalverband ist aktuell nur noch die Fläche 02_TBB, die der städtischen Fläche 01 „Nördlich Dürrehof“ entspricht als Vorranggebiet für die Windenergienutzung im Regionalplan Teilfortschreibung Windenergie enthalten. Die Potenzialfläche 01 im Planentwurf zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Freudenberg liegt außerhalb des Landkreises Miltenberg und grenzt nicht unmittelbar an den Landkreis Miltenberg an. Von Seiten des Landratsamtes Miltenberg werden die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung geäußerten grundsätzlichen Bedenken einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes über die Gemarkungsgrenze hinaus, zurückgestellt.

Natur- und Landschaftsschutz

Der Belang „Landschaftsbild“ wurde in die Abwägung eingestellt. Im Umweltbericht (Seite 26) wurden die anlagenbedingten Auswirkungen auf das Landschaftsbild als hoch eingestuft. Der westliche Teil der Potenzialfläche 01 wurde aus der Konzentrationsfläche herausgenommen, um den Wirkungskreis der Windkraftanlagen im Bereich Maintal einzuschränken (Seite 53 der Begründung, Seite 41 des Erörterungsberichts).

Als Ergebnis der Abwägung wurden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild durch die verbliebene Konzentrationsfläche gegenüber der Notwendigkeit von Bereitstellung von Flächen für die regenerative Energie zurückgestellt. Durch die Ausweisung des Flächennutzungsplans soll eine Konzentrierung der Windkraftanlagen erreicht werden, um deren Auswirkungen auf Natur- und Lebensraum zu minimieren.

Die Kommunen des Landkreises Miltenberg haben im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Konzentrationsflächen geäußert (Seiten 67-69 des Erörterungsberichtes).

Eine artenschutzrechtliche Prüfung auch unter Berücksichtigung der auf bayerischer Seite liegenden Horst-Standorte wurde durchgeführt. Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG werden bei Beachtung von Maßnahmen zur Minimierung und Vermeidung nicht erfüllt.

Immissionsschutz

Es sollen Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Flächennutzungsplan dargestellt werden. Gegenüber der ursprünglichen Planung erfolgte eine Reduzierung der Flächen. Nach den vorliegenden Plänen beträgt der Abstand der Konzentrationsfläche zur Wohnbebauung von Collenberg 1.200 m und zur Wohnbebauung von Dorfprozellen 1.900 m. Die Festlegung der Konzentrationsfläche erfolgte in einem dreistufigen Verfahren (Ausschlusskriterien, Vorbehaltskriterien, Abwägung der Potentialfläche. Ergebnis ist die Ausweisung der Potentialfläche 01 als Konzentrationsfläche.

Zusammenfassende Würdigung

Nachdem der westliche Teil der Potenzialfläche 01 aus der Konzentrationsfläche herausgenommen wurde und in den immissionsschutzrechtlichen und naturschutzrechtlichen Ausführungen keine weiteren Bedenken erhoben wurden, bestand mit der Planung Einverständnis.

Nachrichtlich:

Der Landkreis Miltenberg hat mit Schreiben vom 28.11.2014 zum Sachlichen Teilflächennutzungsplan Windenergie der Stadt Freudenberg sein Einverständnis erklärt.

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

Vollzug des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes (BayKSG); Ertüchtigung des Dienstgebäudes Brückenstraße 2 des Landratsamts Miltenberg um eine Notstromversorgung; Beschaffung eines dieselbetriebenen Notstromaggregats

Herr Rosel erläutert, seit der Inbetriebnahme des umgebauten und erweiterten Dienstgebäudes Brückenstraße 2 im Jahr 1992 verfügt das Landratsamt Miltenberg bis zum heutigen Tag nur über eine mobile Notstromversorgung, die lediglich Teile des Lagezentrums mit Strom versorgen kann. Diesbezüglich steht lediglich eine Einspeisesteckdose für ein extern zuzuführendes Aggregat zur Verfügung. Für alle anderen Sachgebiete, Außenstellen und Funktionsbereiche besteht nicht die Möglichkeit der Notstromversorgung.

Aufgrund der stetig fortschreitenden Technisierung des Hauses, gerade hinsichtlich der Informationstechnologie (Datenverarbeitung allgemein, Internet, Telefonie, Funk, ...), ist festzustellen, dass die vorhandene Notstromversorgung in keinsten Weise mehr dem heutigen Stand der Technik entspricht und auch nicht mehr ausreicht, auch nur einen Arbeitsbereich ausreichend mit Strom zu versorgen.

In diesem Zusammenhang ist beispielhaft zu betrachten, dass der Unternehmensbereich 2.2 (IuK-Technik) heute nicht nur jeden einzelnen Arbeitsplatz (PC, Drucker, Internet, Telefonie, ...) im Landratsamt versorgt, sondern über das Kommunale Behördennetz (KomBN) darüber hinaus auch 27 von 32 Gemeinden betreut. Schon ein kurzfristiger Stromausfall kann somit erhebliche, auch in der Fläche weitreichende Folgen haben.

Zur vertiefenden Lektüre wird auf die „Rahmenempfehlungen zur Einsatzplanung des Brand- und Katastrophenschutzes bei flächendeckendem, langandauerndem Stromausfall“ des Hessisches Ministeriums des Innern und für Sport verwiesen, die im Internet unter

https://innen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdis/handlungsempfehlung_stromausfall_.pdf
abrufbar sind.

Nach Auffassung des Kreisbrandrats und des Sachgebiets 31 sollten deshalb insbesondere der Unternehmensbereich 2.2 (IuK-Technik), das Lagezentrum, die Heizungsanlage und ein Pool von mindestens 10 Arbeitsplätzen des Landratsamts leistungsfähig mit Notstrom versorgt werden. Hierzu bietet es sich an, in der Nähe der haustechnischen Anlagen ein stationäres, dieselbetriebenes Notstromaggregat mit einer Nennleistung von ca. 100 kVA einzubauen.

Erste Informationsangebote ergaben, dass hierfür mit Kosten in Höhe von ca. 60.000 Euro brutto für das eigentliche Notstromaggregat zzgl. Kosten in Höhe von ca. 20.000 Euro für die Installationsarbeiten (Zuluft, Abluft, ..., abhängig vom gewählten Standort) zu rechnen ist.

Der genaue Aufstellort wird abhängig von den jeweiligen Anforderungen des gewählten Fabrikats und unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit durch den UB 5 ausgewählt und realisiert.

Im Haushalt 2014 des Landkreises Miltenberg sind unter der Haushaltsstelle Nr. 12611073900 „sonstige Fahrzeuge“ Mittel in Höhe von 100.000 Euro eingestellt. Diese Mittel werden 2014 nicht mehr benötigt. Um den Haushalt 2015 im Vorgriff zu entlasten, bietet es sich an, den Kauf des Aggregats noch im Jahr 2014 abzuwickeln. Dies ist nach Aussage der in Frage kommenden Anbieter möglich.

Der Kreisausschuss fasst einstimmig den

B e s c h l u s s :

1. Der Landkreis Miltenberg ertüchtigt das Dienstgebäude Brückenstraße 2 des Landratsamts Miltenberg um eine Notstromversorgung. Hierzu beschafft der Landkreis Miltenberg ein dieselbetriebenes Notstromaggregat.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, verschiedene Angebote einzuholen.
3. Herr Landrat Scherf wird ermächtigt, dem wirtschaftlichsten Anbieter den Auftrag zu erteilen.

Tagesordnungspunkt 6:

**Vollzug des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFwG);
Ersatzbeschaffung eines Kommandofahrzeugs für den Landkreis Miltenberg**

Landrat Scherf leitet ein, am 01.07.2010 wurde Herrn Kreisbrandrat Lebold der Dienstwagen Opel Frontera MIL - LK 112 zur dienstlichen Nutzung übergeben.

Mit Schreiben vom 11.11.2014 beantragt Herr Lebold, der Landkreis Miltenberg möge als Ersatz für dieses Fahrzeug ein Kommandofahrzeug auf der Basis eines Kleinbusses mit Allradantrieb, namentlich Typ VW T5 Rockton oder Mercedes-Benz Vito, beschaffen.

Dem Antrag liegt folgendes Nutzungskonzept zu Grunde:

- im Landkreis Miltenberg können mit diesem Fahrzeug entsprechende Übungen angeleitet werden,
- der tägliche Fahrbetrieb sei ohne weiteres möglich,
- wenn das Fahrzeug für Fernfahrten benutzt wird, können einsatzrelevante Teile hier im Landkreis abgestellt bleiben
- das Fahrzeug könne für insgesamt 6 Personen genutzt werden, die Sitze seien entsprechend leicht im hinteren Teil herausnehmbar,
- ein Führen von Einsätzen der Führungsstufe C (Führen mit einer Führungsgruppe) nach der FwDV 100 wäre ohne weiteres möglich,
- mit dem Fahrzeug könne ein Teil der Einsätze im Landkreis abgedeckt werden,
- ferner wäre das Fahrzeug als Vorausfahrzeug für einen Hilfeleistungskontingenteinsatz geeignet.

Nach den Vorermittlungen von Herrn Lebold kostet ein funktionsgerechtes Fahrzeug ca. 80.000 Euro.

Rechtliche Würdigung:

Der Kreisbrandrat hat das Landratsamt, die Gemeinden und die Feuerwehren in Fragen des Brandschutzes und des technischen Hilfsdienstes zu beraten und zu unterstützen. Er hat die Feuerwehren zu besichtigen und für die Ausbildungsveranstaltungen Sorge zu tragen (Art. 19 Abs. 1 BayFwG).

Die Kreisbrandräte und die Kreisbrandinspektoren müssen über geeignete Kraftfahrzeuge und ausreichende Fernmeldeeinrichtungen verfügen können (§ 12 Abs. 2 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes, AVBayFwG). Den Aufwand für ihre Tätigkeit tragen die Landkreise (Art. 20 Abs. 1 Satz 2 BayFwG).

Die Art und Weise der zur-Verfügung-Stellung ist offen. Sie reicht von der Entschädigung privat genutzter Kraftfahrzeuge über Leasingfahrzeuge bis hin zur Beschaffung von Fahrzeugen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden in den Haushalt 2015 eingestellt.

Beschlussvorschlag:

4. Der Landkreis Miltenberg beschafft vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes 2015 als Nachfolgefahrzeug des bisherigen Kommandofahrzeugs Opel Frontera MIL – LK 112 ein Fahrzeug Typ VW-Bus (Modell T5 Rockton) oder Mercedes-Benz Vito.

Die Verwaltung wird beauftragt, bei Bedarf die notwendigen Finanzmittel in den Haushalt 2015 einzustellen, die Ausschreibung durchzuführen und Angebote einzuholen.

alternativ

5. Der Landkreis Miltenberg least als Nachfolgefahrzeug des bisherigen Kommandofahrzeugs Opel Frontera MIL – LK 112 ein Fahrzeug Typ Mercedes-Benz GLK oder vergleichbar.

Herr Lebold ergänzt den Sachverhalt.

Kreisrat Dr. Linduschka erklärt, es sei schwer, es mit allen Details zu entscheiden. Für ihn wäre entscheidend, dass beide Varianten durchgeprüft seien. Über Kosten habe man andeutungsweise etwas gehört. Er persönlich würde die Leasingvariante bevorzugen, nicht nur wegen den Kosten, sondern auch, weil die Flexibilität seiner Ansicht nach größer sei. Soweit er es verstanden habe, sei die zukünftige Entwicklung in diesem Bereich nicht klar absehbar. Er bräuchte schon echte Argumente gegen die Leasingvariante, denn sie sei 25.000 Euro günstiger.

Kreisrat Reinhard bemerkt, es seien zwei verschiedene Sachen. Punkt 2 sei ein Ersatzfahrzeug für das bisherige Fahrzeug, der andere Punkt sei eine einsatztaktische Veränderung. Er sei dafür, den Punkt zu vertagen, da die Ersatzbeschaffung über einen Leasingvertrag - da nur Jahresverträge - ohne Probleme machbar sei. Er erinnere an den Antrag der CSU auf ein Gesamtkonzept für den gesamten Bereich des Rettungs- und Feuerwehrwesens. Hier gehe es nicht nur um Ersatzbeschaffung, sondern auch einsatztaktische Maßnahmen.

Kreisrat Oettinger merkt an, er halte nichts von einer Vertagung. Man vergleiche hier Äpfel mit Birnen, wenn, dann müsse man den Vergleich machen, was ein T5 als Leasingfahrzeug koste. Ein GLK sei eine ganz andere Fahrzeugklasse. Das Thema sei mehrfach geprüft und ordentlich dargelegt. Man solle es den Fachleuten überlassen, was gebraucht werde.

Herr Krämer nimmt mit Blick auf den Haushalt Stellung. Ursprünglich sei eine Ersatzbeschaffung für den Opel Frontera angedacht, daher habe sich die Kämmerei verschiedene Varianten angesehen (Kauf und Leasing). Daher habe man auch den Mercedes GLK angefragt. Man spreche hier von 190 Euro brutto monatlich. Später sei die Variante mit dem T5 angekommen, die seien für ihn zwei verschiedene Sachen, je nachdem welches Konzept man weiterverfolgen wolle. Mit der Leasingvariante mit Einbau, hier komme es natürlich auch darauf an, was alles eingebaut werden soll, komme man auf ca. 50.000-55.000 Euro über die Laufzeit von 10 Jahren. Der VW T5 koste momentan noch 110.000 Euro und solle auf 80.000 Euro gedeckelt werden. Hierzu würden aber auch noch Kosten für Reifen, Inspektionen und Reparaturen hinzukommen. Auf den Haushalt hätten beide Varianten folgende Auswirkungen: Bei der Leasingvariante habe man einen Aufwand und eine Auszahlung von ca. 5.000 Euro in 2015, beim VW Bus hätte man 2015 einen Mittelabfluss von 80.000 Euro und dieser werde abgeschrieben, was mit noch einmal etwa 10.000 Euro Aufwand zu Buche schlage.

Kreisrat Luxem merkt an, er habe denselben Ansatz wie Kreisrat Reinhard. Er schlage auch vor, sich ein Jahr Luft zu holen, man verbrachte so kein Geld, gerade im Hinblick auf ein Gesamtkonzept.

Herr Lebold erklärt, der Freistaat Bayern, das Innenministerium, überprüfe bereits seit Oktober 2012, wie die Landkreise künftig ausgestattet sein sollen. Es gebe einen Zwischenhinweis aus 2013, wo u.a. Einsatzleitwagen genannt seien, und es gebe eine neue Norm seit Juni 2014. Mittelfristig in den nächsten fünf Jahren werde man wohl einen Einsatzleiter vom Dienst haben. Dazu würde dann dieses Fahrzeug verwendet werden.

Dann sei es doch sinnvoll, so Landrat Scherf, wenn man dies erst bis ins Detail ausarbeite und dann umsetze.

Kreisrat Fieger fragt, welche Lösung denn die Fachleute bevorzugen würden, er brauche fachlichen Input, in welche Richtung es gehen solle.

Landrat Scherf antwortet, der Kreisausschuss eben solle darüber diskutieren und entscheiden. Für ihn stelle sich am sinnvollsten dar, man lease nun für ein Jahr und nutze die Zeit, dieses Konzept noch weiter im Detail auszuarbeiten. Man schaffe sich den Raum, die neuen Einsatzstrukturen zu konkretisieren.

Leasing als vorübergehende Lösung sei in Ordnung und vernünftig, so Kreisrat Fieger. Er fragt, was bei Ein- und Ausbau auf uns zukomme.

Er habe Herrn Lebold so verstanden, dass dieser die Präferenz auf Variante 1 lege, so Kreisrat Luxem. Aber bei einem Jahr Leasing vergebe man sich nichts, man verschließe sich dem ja nicht. Er habe gehört, dass problemlos die alten Geräte in die Wagen eingebaut werden können. In einem Jahr wären dies einmal Ein- und Ausbaurkosten. Man müsse zusehen, dass das Einsatzkonzept in den nächsten sechs Monaten komme.

Landrat Scherf schlägt für den Beschluss Variante 2 vor – Leasing – mit der Ergänzung: Der Kreisbrandrat legt ein mögliches neues Einsatzkonzept vor.

Herr Lebold erklärt, die Feuerwehr werde bei beiden Varianten ausrücken können. Er antwortet Herrn Fieger zum Einbau, im Wesentlichen seien dies Funkgeräte und Sondersignalanlage. Problem ergebe sich bei den Leasingfahrzeugen, dass es dort rückstandsfrei sein müsse (z.B. ohne Bohrlöcher), sonst seien die Wertabschläge so hoch. Momentan gebe es nur einen Hersteller, bei dem es sich rentiere.

Der Kreisausschuss fasst mehrheitlich bei einer Gegenstimme den

B e s c h l u s s :

Der Landkreis Miltenberg least als Nachfolgefahzeug des bisherigen Kommandofahrzeugs Opel Frontera MIL – LK 112 ein Fahrzeug Typ Mercedes-Benz GLK oder vergleichbar und der Kreisbrandrat legt ein mögliches neues Einsatzkonzept vor.

Tagesordnungspunkt 7:

**Vollzug des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFwG);
Ertüchtigung der Funkinfrastruktur durch die Neuerrichtung eines Gleichwellenfunknetzes für den Bereich der Feuerwehr im Landkreis Miltenberg; Errichtung einer zusätzlichen Relaisstellenfunkstation für das Gemeindegebiet Mömlingen**

Herr Rosel erläutert, in der Sitzung des Kreistags am 21.03.2011 beschloss der Kreistag, dass der Landkreis Miltenberg ein neues Gleichwellenfunknetz mit fünf Relaisstellenfunkstationen für die Feuerwehr und den Katastrophenschutz im Landkreis Miltenberg auf der Grundlage der Untersuchungen des Ingenieurbüros Kai-Tec GmbH Hösbach vom 03.03.2011 errichtet.

Aufgrund der vorliegenden Prädikationsberechnungen empfahl seinerzeit das Ingenieurbüro, neben den bereits betriebenen und somit „gesetzten“ Standorten Pfaffenberg und Mainbullau das neue Gleichwellenfunknetz um die Stationen Reißberg (bei Kirchzell), Geiersberg (bei Mönchberg) und Guggenberg zu erweitern, um die Versorgungsreichweite und -qualität deutlich zu verbessern. Hier konnten Synergieeffekte genutzt werden, da die Masten und die Erschließung (Strom, ...) bereits jeweils vorhanden waren.

Nach der damaligen Einschätzung des Ingenieurbüros schien der Optimierungserfolg für Mömlingen und die Täler bei Hofstetten und Rück eher gering. Vor dem Hintergrund, dass am ursprünglich vorgesehenen Standort „Hochbehälter Obernburg“ kein Mast und keine Erschließung bereits vorhanden war, wurde seinerzeit zwischen dem (eher geringen) Optimierungserfolg und den sich ergebenden Investitions- und Betriebskosten dahingehend abgewogen, die Relaisstellenfunkstation „Hochbehälter Obernburg“ nicht zu errichten.

Im Übrigen wird auf den beigefügten Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages Miltenberg vom 21.03.2011 verwiesen.

Im Anschluss daran wurde das neue Gleichwellenfunknetz errichtet und im Mai 2012 in Betrieb genommen. Die Sprechfunkverbindung von Fahrzeugen zur Leitstelle ist seitdem nahezu zu 95% im Landkreis möglich. Lücken gibt es in einzelnen Ortschaften bei der Alarmierung der Feuerwehren über Funkmeldeempfänger.

Nach einer gewissen Anlaufphase teilte der 1. Kommandant der FFW Mömlingen, Herr Babylon, dem Kreisbrandrat mit, dass die Fahrzeugfunkversorgung gegenüber dem bisherigen Standard gut sei. Probleme bereite hingegen die Alarmierung: die Durchsagen seien auf den Funkweckern kaum hörbar bzw. nicht zu verstehen, des Weiteren werde beim Probealarm freitags um 18.00 Uhr der Alarm ca. 5 – 10 x wiederholt.

Um Abhilfe zu schaffen, wurden am 20.12.2012 in einem Gespräch bei der Gemeinde Mömlingen folgende Maßnahmen vereinbart:

1. Die Schleife für Mömlingen bleibt auf dem Umsetzer bei der ICO, um die Wehrleute alarmieren zu können, die im Einzugsbereich von Obernburg arbeiten.
2. Der Umsetzer bei der ICO durch die Kreisbrandinspektion ausgetauscht.
3. Die auf dem Feuerwehrhaus Mömlingen befindliche Richtantenne wird statt wie bisher auf die ICO nun auf die Relaisstation Mainbullau ausgerichtet. Dadurch soll die ständige Wiederholung des Alarms vermieden werden.
4. Um einen Empfang von Sprachdurchsage zu ermöglichen, wird im Feuerwehrhaus Mömlingen ein Alarmumsetzer mit Durchsagebetrieb vom Landkreis zur Verfügung

gestellt. Dieser wird auf die bestehende Antenne aufgeschaltet. Dadurch soll die Empfangsqualität von Sprachdurchsagen für die Funkwecker verbessert werden. Diese Betriebsart musste aufgrund neuerlicher Störungen abgeschaltet werden.

Aufgrund neuerlicher Hinweise im Sommer 2014 fand am 23.09.2014 ein weiteres Gespräch bei der Gemeinde Mömlingen statt: Herr Babilon teilte dabei mit, dass bei einigen Einsätzen die Alarmierung der FFW Mömlingen nicht funktioniert habe. Infolge dessen seien die ebenfalls alarmierten Feuerwehren aus Eisenbach und/oder Großostheim oft schneller am Einsatzort gewesen als die über Sirene nachalarmierte Feuerwehr aus Mömlingen. Das habe zu Unmut sowohl bei der Bevölkerung als auch bei den Feuerwehrdienstleistenden der Feuerwehr Mömlingen selbst geführt.

Zur Lösung der Problematik wurde u.a. vereinbart, dass die Integrierte Leitstelle „Untermain“ (ILS) Aschaffenburg bei der Stapelalarmierung in der Reihung hinter Mömlingen nun eine max. Wartezeit von 3500 mS programmiert, um Überlagerungen durch nachfolgende Signale zu vermeiden.

Seitdem funktioniert die Alarmierung der Einsatzkräfte der FFW Mömlingen per Funkwecker. Allerdings können keine Sprachdurchsagen der ILS, beispielsweise über den Einsatzort und den konkreten Einsatzenanlass (z.B. „Wohnhausbrand in der XY-Straße“) empfangen werden.

Rechtliche Würdigung:

Der techn. Standard der Alarmierung einer Feuerwehr ist in Bayern nicht explizit geregelt. In der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 14. Juni 1993 Nr. I D - 2253.5/6 (AIIIMBI Nr. 14/1993) über die „Alarmierung im Brand- und Katastrophenschutz“ ist unter der Nr. 2.2.2 folgendes ausgeführt:

„Jede Feuerwehr - ausgenommen Feuerwehren, deren Alarmierung auf andere Weise sichergestellt ist, - muss durch Sirenen alarmiert werden können. Der örtliche Alarm muss unabhängig von der Auslösung über Funk auch mit der Hand ausgelöst werden können. Soweit es die örtlichen Gegebenheiten erfordern und die technischen Möglichkeiten vorhanden sind, ist die „stille Alarmierung“ durch Meldeempfänger zu ermöglichen.“

In der (neuen) Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 12. Dezember 2005 Az.: I D 2-2225.01-6 (AIIIMBI Nr. 13/2005) über die „Alarmierung im Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz in Bayern“ (Alarmierungsbekanntmachung – ABek) heißt es unter der Nr. 4 „Übergangsregelung“:

„Die bestehenden Alarmierungspläne sind möglichst bis zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der ILS vollständig zu überprüfen und soweit erforderlich zu berichtigen und zu aktualisieren. Dabei soll von den Möglichkeiten einer differenzierteren Alarmierungsplanung im Interesse der Qualität und Schnelligkeit der Hilfeleistung Gebrauch gemacht werden. Im Übrigen richtet sich die Alarmierung im Brand- und Katastrophenschutz bis zur Inbetriebnahme der ILS im jeweiligen Leitstellenbereich weiterhin nach der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 14. Juni 1993 (AIIIMBI S. 856), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 22. März 2004 (AIIIMBI S. 104).“

In diesem Kontext ist festzustellen, dass als gesetzliche Mindestanforderung die Alarmierung der gemeindlichen Feuerwehren per Sirene ausreicht, auch wenn nach dem heutigen Stand der Technik ein Funkmeldeempfänger mit Sprachdurchsage üblich ist.

Nach einem Budgetangebot der Fa. Schnoor Industrieelektronik GmbH vom 14.11.2014, die auch die seinerzeitige Anlage errichtet hat, ist für die Neuerrichtung einer zusätzlichen Relaisstellenfunkstation im Bereich Mömlingen mit Kosten in Höhe von ca. 110.000 Euro zu rechnen.

In die Abwägung ist nach Auffassung des SG 31 auch die momentane Einführung des Digitalfunks und darüber hinaus die beabsichtigte Einführung der digitalen Alarmierung einzustellen. Die Projektgruppe DigiNet des Bayerisches Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr führt hierzu in seinem Newsletter Nr. 36 (Stand: April 2014) folgende aus:

„Sachstand Alarmierung und Prototyp Alarmierungs-Pager

Um eine sichere Einführung des Dienstes Alarmierung zu gewährleisten und den Umstieg zu vereinfachen, wird den Nutzern empfohlen, die Implementierung der TETRA-Alarmierung phasenweise vorzunehmen. Das Dokument „Alarmierung im BOS-Digitalfunknetz, vorläufiger Sachstandsbericht“ zeigt, in welchen Phasen nach derzeitigem Sachstand welche Leistungsmerkmale des Dienstes Alarmierung Anwendung finden und welche Parameter dazu noch festgelegt werden müssen.

In der ersten Phase ist angedacht, lediglich die analoge Funkalarmierung durch eine sogenannte Startkonfiguration nachzubilden und zusätzliche Funktionalitäten auf ein Minimum zu begrenzen. In der zweiten Phase erfolgt dann die dauerhafte Ablösung der analogen Funkalarmierung durch den Datendienst Alarmierung. Ab der Phase 3 wären dann die Optimierung bereits eingesetzter Leistungsmerkmale, betrieblicher Abläufe sowie die sukzessive Einführung zusätzlicher Leistungsmerkmale möglich.

Das Dokument wurde im geschlossenen Nutzerbereich BOS auf der Seite Einsatztaktik eingestellt. Das Land Bayern arbeitet bei der Entwicklung von Pagern eng mit Hessen zusammen. Erste Tests mit Pager-Prototypen für die Alarmierung werden zur Zeit in Bayern durchgeführt. Vorserienmodelle für das Land Hessen, die dann noch ausgiebiger getestet werden, sind für Mitte des Jahres geplant. Bayern wird sich an den Tests beteiligen. Bis Ende 2015/Anfang 2016 will der Hersteller das Endprodukt soweit entwickelt haben, dass es zertifiziert, produziert und ausgeliefert werden kann.“

Die Übernahme der Alarmierung durch den digitalen BOS-Funk in Bayern ist voraussichtlich 2017 möglich, derzeit wird an den Voraussetzungen durch die entsprechenden Stellen in Bayern gearbeitet.

Beschlussvorschlag:

6. Der Landkreis Miltenberg ertüchtigt zur Optimierung der Versorgungsqualität das bestehende Gleichwellenfunknetz um eine zusätzliche Relaisstellenfunkstation im Bereich der Gemeinde Mömlingen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Finanzmittel im Haushalt 2015 einzustellen, die Ausschreibung durchzuführen und Angebote einzuholen.

alternativ

7. Der Landkreis Miltenberg belässt das bestehende Gleichwellenfunknetz in seiner momentanen techn. Ausprägung.

Auf Rückfrage von Kreisrätin Münzel, ob es nicht normal sei, dass Feuerwehrleute nach Alarm erst einmal zum Feuerwehrhaus fahren und welchen Vorteil die Variante 1 habe, erklärt Herr Lebold, der Hauptunterschied sei, dass man nicht erkenne, ob es eine Ölspur oder ein Wohnhausbrand mit eingeschlossenen Personen sei, dies könne man momentan in Mömlingen nicht hören. Sichergestellt sei eine Funkverbindung am Feuerwehrhaus, außerdem erfolge automatisch eine SMS an den Kommandanten und Stellvertreter von der ILS, damit die Führungsdienstgrade sofort informiert werden. SMS sei kein offizielles Alarmierungsmittel und sei in Bayern nur als Ergänzung zugelassen. Auch erfolge ein sogenanntes Alarm-Fax an das Feuerwehrhaus. Im Wesentlichen gehe es also um die Beschwerde von Mömlingen, dass keine Durchsage abgehört werden könne. Darüber hinaus gebe es einige wenige Straßenzüge, auf denen Funkverkehr nicht möglich sei, aber dies gebe es auch in anderen Ortschaften. Bei diesem Punkt gehe es um den Analogfunk, momentan als Ergänzung, der irgendwann etwa 2018/2019 überhaupt nicht mehr gebraucht werde.

Kreisrat Weber stellt sich die Frage der Notwendigkeit, über 100.000 Euro für einige Jahre dafür auszugeben, um einen Informationsvorsprung zu haben. In der Alarmierung habe man keinen Zeitverzug, sondern es gehe nur um den Informationsvorsprung.

So sehr er die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr schätze, so Kreisrat Dr. Linduschka, wenn er vor der Alternative stehe, für einen Zeitraum von maximal 2-3 Jahren über 100.000 Euro zu investieren, obwohl durch die Nichtinvestition keine Gefährdung entstehen würde, sondern die Situation vor Ort nur unbequemer und nicht ganz so erfreulich sei, dann sei es seiner Ansicht nach für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern gar nicht anders möglich, als dies abzulehnen.

Kreisrat Fieger stellt auch fest, die Alarmierung sei sichergestellt, nur die Information fehle. Er frage nun, ob es nicht möglich sei, an die Feuerwehrleute für kleines Geld und wenig Aufwand über SMS die Informationen zu senden.

Auch Kreisrat Schmitts Wortmeldung gehe in die Richtung von Kreisrat Fieger, er sei als Bürgermeister auch in die Schleife eingeschaltet und bekomme eine SMS. Wenn ein Bürgermeister diese SMS bekommen könne, müsste dies bei den Feuerwehrleuten auch funktionieren, um die Zeit zu überbrücken.

Elsenfeld praktiziere dies zum Teil mit SMS, man habe sich auf politischer Ebene entschieden, keine zusätzlichen Funkwecker anzuschaffen, so Kreisrat Luxem.

Herr Lebold erklärt, das Landratsamt könne keine offizielle Empfehlung aussprechen. In bestimmten Situationen, z. B. an der Michaelismesse oder an Neujahr, gehe keine SMS zeitnah ein. Eine Möglichkeit einer SMS-Weiterleitung bestehe grundsätzlich.

Landrat Scherf fasst zusammen, eine offizielle Empfehlung SMS könne man nicht geben, weil es nicht zu 100 % sicher ist, aber grundsätzlich sei es möglich. Gesetzlich vorgeschrieben sei die Sirenenalarmierung, sichergestellt sei auch die Alarmierung per Funk. Man erwarte 2017/2018 die digitale Alarmierung.

Kreisrat Reinhard hält mit einer SMS-Weiterleitung den gewünschten Effekt als erreicht.

Kreisrat Dr. Fahn merkt an, die digitale Alarmierung in 2017/2018 könne auch ein Wunschgedanke sein, denn bereits 2006 sollte dies kommen und werde permanent verschoben. Er verstehe die Argumente für die Übergangslösung.

Der Kreisausschuss fasst mehrheitlich bei einer Gegenstimme den

B e s c h l u s s :

Der Landkreis Miltenberg belässt das bestehende Gleichwellenfunknetz in seiner momentanen techn. Ausprägung.

Tagesordnungspunkt 8:

Antrag auf eine projektbezogene Förderung „24h von Bayern“

Landrat Scherf begrüßt Frau Sangnier und leitet ein, der Touristikverband e.V. RÄUBERLAND hat in den vergangenen sieben Jahren mit zahlreichen Projekten viele Impulse zur Belebung des Tourismus gegeben.

Nun steht ein weiteres Großprojekt an. Der Touristikverband e.V. RÄUBERLAND hat den Zuschlag als Austragungsort 2015 erhalten. Begründet wurde dies von der Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM) mit der Wanderinfrastruktur im RÄUBERLAND, der gelebten Wanderkultur in der Region und der Tatsache, dass sich das RÄUBERLAND als eine der vier Pilotregionen des Deutschen Wanderverbandes, der Herausforderung zur Zertifizierung „Qualitätsregion Wanderbares Deutschland“ stellt. Hinzu kommt, dass die Region über ein neues durchgängiges Beschilderungssystem und naturbelassene Wege verfügt.

Im Jahr 2015 findet die 24-Stunden-Wanderung in Bayern zum siebten Mal statt. Das Event ist inzwischen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt. In den vergangenen Jahren nahmen Wanderer aus Deutschland und ganz Europa teil.

Die siebte Ausgabe der „24 h von Bayern“ findet nun im RÄUBERLAND im Spessart-Mainland statt. Am 27. Juni 2015 starten 444 Teilnehmer vom Wandermarktplatz in Mespelbrunn auf die Strecken durch den Spessart, auch durch die Gemarkungen der Gemeinden Hobbach und Leidersbach.

Die Wanderveranstaltung „24 h in Bayern“ ist eine Großveranstaltung, die in Zusammenarbeit mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM) durchgeführt wird. Mit der Durchführung dieser Veranstaltung erhofft sich der Tourismusverband eine noch breitere Streuung des Bekanntheitsgrades des RÄUBERLANDs und damit der Gesamtregion Spessart. Bei dieser Veranstaltung ist nicht nur das Zusammenspiel der Mitgliedsgemeinden des RÄUBERLANDs mit seinen Bürgern und Vereinen mit dem Touristikverband e.V. RÄUBERLAND gefordert, sondern ebenso das Zusammenspiel Gebietsausschuss Spessart-Mainland, Spessartbund und Naturpark Spessart mit dem Touristikverband e.V. RÄUBERLAND.

Die Veranstaltung erfordert einen erhöhten finanziellen und personellen Aufwand. Im Jahr 2014 waren allein am Austragungsort im Passauer Land am Wandermarktplatz und auf der Strecke innerhalb der 24 Stunden 200 Helfer eingesetzt. Die Kosten, die auf den Tourismusverband e.V. RÄUBERLAND und unter Berücksichtigung der Bereitstellung der Bauhöfe der sieben Mitgliedsgemeinden zukommen, werden sich auf insgesamt ca. 35.000 € belaufen.

Diese setzen sich zusammen aus:

- Kostenbeitrag an Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM)
- Personalkosten
- Technisches Zubehör
- Fremdkosten wie Genehmigungen, Feuerwehr, Rotes Kreuz etc.
- Unterhaltungsprogramm + GEMA
- Catering
- Werbungskosten

Der Touristikverband e.V. RÄUBERLAND bittet daher um eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 15.000 €. Die Kostenaufteilung ist dem beigefügten Kostenplan zu entnehmen. Die Einnahmen der Startkarten sind bereits abgezogen.

Frau Sangnier berichtet anhand beiliegender Präsentation.

Kreisrat Dr. Linduschka interessieren die ungedeckten Gesamtkosten von 34.000 Euro, von denen der Landkreis Miltenberg 15.000 Euro übernehmen solle. Er fragt, wie begründet werde, dass wir über 40 % übernehmen sollen, obwohl man an der Stelle vielleicht mit 2 oder 3 % beteiligt sei. Für ihn müsse es dafür eine konkrete Begründung geben, momentan neige er eher dazu, nicht zuzustimmen.

Auch Kreisrat Reinhard meint, dies bedürfe der Diskussion, denn es sei ein wichtiges Thema. Es dürfe auch keinen Präzedenzfall geben für zukünftige Regelungen.

Frau Seidel erklärt zur Finanzierung, RÄUBERLAND sei ein Teil von Spessart-Mainland und diese Veranstaltung „24h von Bayern“ sei ein Großprojekt, das unsere Region verstärkt in den Fokus stelle. RÄUBERLAND sei etwas schwächer aufgestellt als Churfranken und könnte die Unterstützung hier gebrauchen, auch im Hinblick darauf, dass es dem gesamten Landkreis zu Gute komme. Es sei eine Großveranstaltung, die sehr viel Zuspruch erfahre und schnell ausgebucht sei, sie bringe viele Urlauber in die Region und es multipliziere sich.

Kreisrat Dr. Fahn wundert sich, die Aktion finde nun zum 7. Mal statt und er habe bisher noch nichts davon gehört. Es sei auch das erste Mal, dass Frau Sangnier im Kreisausschuss berichte. Den Landkreis Miltenberg tangiere dies auch nur am Rande, er verstehe, was Kreisrat Dr. Linduschka dazu gesagt habe. Daher habe er auch Probleme damit, aus seiner Sicht seien 15.000 Euro einfach zu viel.

Kreisrätin Münzel finde es schön, dass das Thema Wandern aufgegriffen werde, auch mit einem Großereignis, denn man sei in der Tat eine großartige Wandergegend. Sie denke, dass man mit einem solchen Ereignis den Blick auf den Landkreis und den Spessart lenken könne. Allerdings fände sie es wichtig, dies dann für eine nachhaltige Entwicklung zu nutzen.

Landrat Scherf dankt für den Hinweis, man nehme auf jeden Fall die nächste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus dafür, komplett das Thema Tourismus zu beleuchten. Auch nehme man alle Geschäftsführer dazu, um zu sehen, was man habe und strategisch zu sehen, wo man hinwolle und was man tun könne, langfristig mehr Aufmerksamkeit zu bekommen.

Kreisrat Oettinger erklärt, er finde die Veranstaltung gut, ein richtiger Ansatz, und die Kommunen seien ohnehin fast alle Mitglieder im Spessart-Mainland. Er frage, ob man Churfranken etwas mit einbinden könne.

Frau Seidel fügt hinzu, es sei auch als Tourismusmesse gedacht und es werde viele Möglichkeiten geben, sich zu präsentieren, da sei natürlich auch für Churfranken die Möglichkeit gegeben, sich ausführlich darzustellen.

Man müsse aufhören, in zu kleinen Einheiten zu denken, so Landrat Scherf, sondern eine gemeinsame Strategie entwickeln.

Kreisrat Weber findet das Projekt interessant, fragt aber nach der ihm fehlenden Gegenfinanzierung durch mögliche Einnahmen.

Frau Sangnier erklärt, es betreffe das ganze Gebiet, dieses Jahr seien es mehrere Landkreise und 37 Kommunen gewesen. Diese Zahl habe man an einer Strecke von 90 km natürlich

nicht alle durchwandern können. Aus diesem Grund sei es auch der Appell von Bayern Tourismus, an die Strecke zu kommen. Daher seien alle einzelnen Bürgermeister aufgerufen, ihre Ideen einzubringen. Man wolle das Projekt nicht beschränken, sondern es sei für die gesamte Region gedacht.

Frau Seidel fügt hinzu an Kreisrat Weber gerichtet, die Einnahmen der Startkarten seien bereits abgezogen.

Landrat Scherf erklärt, er sehe, man brauche mehr Transparenz, was im Bereich Tourismus laufe.

Kreisrat Fieger sieht die Grenzerfahrung auch so, 90 km in 19 h seien schon sportlich, er gehe davon aus, dass es in dieser Gegend unterboten werde, auch wenn es kein Wettbewerb sei. Wenn man einen Zuschuss gebe, stelle sich die Frage, was die Aufgabe des Landkreises sei. Diese sehe er hier als Förderung des Tourismus. Er fragt aber auch, wie man auf 15.000 Euro für den Landkreis Miltenberg komme.

Frau Sangnier antwortet, man habe in der Vorstandssitzung darüber gesprochen, wie man dieses Großprojekt finanziell schultern könne und war einhellig der Meinung, dass man es allein schon aus werbetechnischen Gründen machen solle. Dann habe man alles addiert und festgestellt, dass man es alleine nicht schaffe. Im Vorstand sei man dann zu dem Schluss gekommen, die beiden Landkreise (Miltenberg und Aschaffenburg) um jeweils 15.000 Euro zu bitten. Es gebe sicherlich in so einer Großveranstaltung auch noch Unbekannte.

Landrat Scherf appelliert, es sei eine herausragende Veranstaltung und man solle diese unterstützen.

Der Kreisausschuss fasst bei zwei Gegenstimmen mehrheitlich den

B e s c h l u s s :

Der Touristikverbands e.V. RÄUBERLAND erhält für die Durchführung des Projektes „24h von Bayern“ einen Zuschuss in Höhe von 15.000 Euro.

Tagesordnungspunkt 9:

Antrag auf einen jährlichen Zuschuss des Landkreises Miltenberg in Höhe von 5.000 Euro zur Mitfinanzierung der Sommerfestspiele des Clingenburg Festspiele e.V.

Landrat Scherf erläutert, die Clingenburg Festspiele nehmen seit 21 Jahren einen festen Platz in der Kulturlandschaft der Region Bayerischer Untermain ein. Seit der ersten Spielzeit im Jahr 1994 haben mehr als 680.000 Zuschauerinnen und Zuschauer die Burgfestspiele besucht, allein im Jahr 2014 34.000. Die Clingenburg Festspiele sind weit über die Grenzen des Landkreises bekannt und haben ein hohes künstlerisches Niveau.

Die Clingenburg Festspiele wirken sich zudem positiv auf die Übernachtungszahlen in den umliegenden Hotels und Gaststätten und die Gastronomie aus.

Mit der Einbindung von Jugend und Senioren in die Landschaft der Festspiele sollen auch diese Gruppen wieder näher an das Theater und Schauspiel herangeführt werden.

Allgemeine Preissteigerungen haben den Veranstalter gezwungen die Ticketpreise anzuheben. Da dies nicht unbegrenzt möglich ist, hat der Verein auch Fördergelder beantragt. Im Jahr 2014 stellte die Stadt Klingenberg 30.000 und das Kultusministerium 40.000 Euro zur

Verfügung. Die Fortführung der staatlichen Mittel auf dem Niveau des Haushaltsjahres 2014 wurde allerdings vom Bayerischen Staatsministerium an die Auflage geknüpft, dass auch die Gebietskörperschaften sich mit Fördermitteln in gleicher Höhe am Betrieb der Clingenburg Festspiele e.V. beteiligt.

Außerdem war es durch ständig steigende Sicherheitsanforderungen unumgänglich, mehr speziell ausgebildetes technisches Personal einzustellen.

Auch durch die steigende Professionalität des Veranstalters werden die Anforderungen an die Verwaltung immer höher und können durch die bisher ehrenamtlichen arbeitenden Helfer nicht mehr abgedeckt werden. Durch die Einstellung einer Fachkraft sollen durch geeignete Marketingmaßnahmen die Zuschauerzahlen in den nächsten Jahren gesteigert werden, was wiederum positive Auswirkungen auf das Hotel- und Gaststättengewerbe haben wird.

Um die Bedeutung der Clingenburg Festspiele für den Kulturlandkreis Miltenberg entsprechend zu würdigen, kann ein Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro sinnvoll sein.

Wegen des Grundsatzbeschlusses einer derartigen Förderung empfehlen wir die Rückstellung dieses Beschlusses bis zum Abschluss des für 2015 geplanten Zielvereinbarungsprozesses.

Der Kreisausschuss fasst einstimmig den

B e s c h l u s s :

Der Antrag der Clingenburg Festspiele e.V. wird bis zur Umsetzung des für 2015 geplanten Zielvereinbarungsprozesses zurückgestellt.

Tagesordnungspunkt 10:

Ergänzende Maßnahmen zur Direktanbindung des Südspessart bzw. des Raumes Amorbach an das Zentrum Miltenberg

Herr Betz erläutert, basierend auf einem Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Miltenberg vom 06.09.2014 wurde im Kreisausschuss am 22.09.2014 über die Einrichtung durchgehender Busfahrten aus bzw. zu den Gemeinden im Südspessart diskutiert.

Zeitgleich mit der Verdichtung des Zugangebotes auf der Achse Miltenberg-Wertheim zum Dezember 2007 hatte der Landkreis zur Vermeidung von Parallelverkehr das vormals bestehende zweistündliche Busangebot zurückgenommen. Seitdem klagen die Gemeinden über die teilweise langen Fußwege zu den Bahnhöfen, aber auch über die noch immer nicht gegebene Barrierefreiheit der Stationen, die insbesondere älteren Mitbürgern den Zu- bzw. Ausstieg erschweren.

Der Kreisausschuss hat daher der Verwaltung den Auftrag erteilt, die Möglichkeiten zur Schaffung eines den Schienenverkehr ergänzenden Mindestangebotes von jeweils einem Fahrtenpaar morgens bzw. mittags von und nach Miltenberg bei den Verkehrsunternehmen auszuloten und ein entsprechendes Angebot einzuholen.

In Zusammenarbeit mit den Unternehmen ist es gelungen, durch Einbeziehung von bestehenden Schulfahrten auf Teilabschnitten, deren Erweiterung und Umstellung auf werktäglichen Betrieb ein gutes und dabei relativ kostengünstiges Gesamtangebot zusammenzustellen.

Ab Stadtprozelten stünden für alle Gemeinden an allen Werktagen um 8:20, 12:35 und 16:45 Uhr direkte Fahrten bis nach Miltenberg zur Verfügung. An Ferientagen gäbe es zusätzlich eine Fahrt um 13:45 Uhr ab Stadtprozelten, ab Fechenbach stünde diese Verbindung an allen Tagen zur Verfügung.

Direkte Rückfahrten ab Miltenberg bestünden an allen Werktagen um 11:05, 13:05 (bis Stadtprozelten nur an Ferientagen) und 16:00 Uhr bis nach Stadtprozelten.

In Anbetracht der Vorläufe für den Fahrplandruck wurden die Fahrten, vorbehaltlich einer Entscheidung des Kreisausschusses, in der Fahrplantabelle 85 abgedruckt. Bei einem negativen Beschluss müssten die Fahrten im Fahrplan wieder gestrichen werden.

Im Nachgang zur Umgestaltung des Fahrplanangebotes im Raum Amorbach gingen Klagen sowohl von Bürgern, Verbänden und Gemeinden ein, über die nunmehr nicht mehr vorhandene direkte Fahrmöglichkeit nach Miltenberg, z.B. zum Krankenhaus in Miltenberg-West. Insbesondere wurde argumentiert, dass älteren Mitbürgern die Fahrt mit dem Zug, wegen der nicht barrierefreien Infrastruktur nicht vermittelt werden könne.

Der zusätzliche Umstieg in Miltenberg auf den Bus, um die Innenstadt erreichen zu können, stelle eine zusätzliche Hürde dar. Daraus resultierte die Forderung zur Einrichtung eines ergänzenden direkten Busangebotes von jeweils einem Fahrtenpaar morgens und nachmittags nach bzw. von Miltenberg.

In der Sitzung des Kreisausschusses am 13.10.2014 wurde über den Sachverhalt diskutiert und um Prüfung einer dem Südspessart analogen zusätzlichen Busanbindung gebeten.

Mit den Verkehrsunternehmen wurden die Möglichkeiten hierzu erörtert und von diesen in einem Angebot konkretisiert. Ab Amorbach könnte um 8:05 bzw. 14:30 Uhr über Weilbach, Weckbach, Breitendiel und Miltenberg-West in die Innenstadt und zum Bahnhof gefahren werden (Ankunft 8:32 und 14:57 Uhr).

Ab Miltenberg sind Rückfahrten auf umgekehrtem Weg um 12:10 und 15:10 Uhr möglich, die Ankunft in Amorbach wäre um 12:31 bzw. 15:31 Uhr. Sowohl im Vor- als auch im Nachlauf wären alle Ortsteile der Gemeinden über die Buslinien 94 bis 99 an diese Direktfahrten angebunden, d.h. diese Fahrten wären auch für Fahrgäste aus Zittenfelden oder Reichartshausen nutzbar.

In Anbetracht der Vorläufe für den Fahrplandruck wurden die Fahrten, vorbehaltlich einer Entscheidung des Kreisausschusses, in der Fahrplantabelle 84 abgedruckt. Bei einem negativen Beschluss müssten die Fahrten im Fahrplan wieder gestrichen werden.

Das oben beschriebene Angebot wäre für die Unternehmen mit einem Mehraufwand verbunden.

Kosten und Beschluss erfolgen nicht nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Der Kreisausschuss nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 11:

Fortführung des Wochenendverkehrs Amorbach – Mudau – Eberbach mit Fahrradanhänger. Finanzierungsvereinbarung mit dem Neckar-Odenwald-Kreis

Herr Betz erläutert, zum Juni 2011 wurde als Pendant zum „NaTourBus“ der OREG (ein zweistündliches Busangebot am Wochenende mit Fahrradanhänger in der Sommersaison von April bis Oktober, von Eberbach über Michelstadt bis nach Miltenberg) ein gleichartiges Konzept auf der Route Eberbach – Mudau – Amorbach unter dem Markennamen „NeoBus“ eingerichtet.

Der Neckar-Odenwald-Kreis hatte mit dem Betreiber der Linie ein Kostenangebot für den gewünschten Fahrplan ausgehandelt. Erforderlich ist ein pauschaler, nichtsteuerbarer Zuschuss von 636,30 Euro pro Fahrttag, auf den Landkreis Miltenberg entfällt dabei der Anteil von 157,89 Euro. Der NOK hat die Gesamtvereinbarung mit dem Betreiber, der

Busverkehr Rhein-Neckar BRN auf die Dauer der Konzessionslaufzeit bis Oktober 2018 abgeschlossen und ruft den Zuschussanteil des Landkreises Miltenberg jährlich ab.

Bis dato fasste der Kreisausschuss Miltenberg jeweils im Herbst nach Vorliegen der Nutzerzahlen für die jeweilige Fahrradsaison (April-Oktober), einen neuen Beschluss zur Mitfinanzierung des Angebotes im Folgejahr.

Im Jahr 2011 wurden an 38 Fahrtagen im Durchschnitt 119,5 Fahrgäste pro Tag, insgesamt 4.541 Personen in den Bussen gezählt.

Im Jahr 2012 wurden an 65 gezählten Fahrtagen insgesamt 6.662 Fahrgäste, also rund 103 pro Fahrtag ermittelt.

In 2013 wurden an 54 Fahrtagen insgesamt 5.210 Fahrgäste, also 96,5 pro Tag gezählt, was wohl auf die für den Fahrradtourismus ungünstige Witterung zurückzuführen war.

Dagegen wurden in der nun abgelaufenen Saison 2014 wegen des günstigen Wetters an 67 Fahrtagen insgesamt 9.976 Fahrgäste, also rund 149 pro Fahrtag gezählt.

Nachdem sich das Angebot in der Bevölkerung etabliert hat und von witterungsabhängigen Schwankungen abgesehen eine gute Akzeptanz findet, wird vorgeschlagen, den Beschluss für die Mitfinanzierung für den Rest der Konzessionslaufzeit bis Ende 2018 abzuschließen.

Kosten und Beschluss erfolgen im nichtöffentlichen Teil.

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 12:

Fortführung der 2014 begonnenen Maßnahmen im Raum Elsenfeld-Erlenbach bzw. im Stadtbus Miltenberg – Finanzierung zur Verbesserung der Fahrmöglichkeiten im Berufs- und Schulverkehr

Herr Betz erläutert, zum Dezember 2013 wurden im Raum Elsenfeld-Erlenbach zusätzliche Busangebote auf den Linien 64 und 65 eingerichtet, die im nachmittäglichen Berufsverkehr das Angebot abseits der Schiene verdichtet haben. Auf der Strecke Erlenbach – Mechenhard – Streit steht somit im Zeitraum von 14:50 bis 16:50 Uhr alle halbe Stunde ein Bus zur Weiterfahrt vom Zug aus Aschaffenburg bereit. Diese Fahrten dienen durch Optimierung und Harmonisierung der Schulendzeiten in den Schulzentren Obernburg, Elsenfeld und Erlenbach auch der Heimfahrt der Kinder vom Nachmittagsunterricht und verkürzen die Außerhauszeit der Schüler nicht unerheblich.

Im Bereich des Stadtbus Miltenberg wurden zum Dezember 2013 mehrere Maßnahmen umgesetzt.

Die auch betrieblich durchlaufenden Fahrten auf den Relationen Großheubach –Miltenberg bzw. Miltenberg-Bürgstadt wurden in einer Linie zusammengefasst um Unsicherheiten im Hinblick auf eigentlich nicht erforderliche Umstiege zu beseitigen. Im morgendlichen Berufsverkehr zum Bahnhof Miltenberg bzw. den dort abfahrenden Zügen in Richtung Aschaffenburg, Wertheim oder Walldürn wurden zusätzliche Fahrten eingerichtet, alle halbe Stunde werden der Bahnhof und die Zuganschlüsse bedient.

Für die Ortsteile Eichenbühls bzw. die Gemeinde Neunkirchen wurden morgens bestehende Lücken in der Erreichbarkeit von Miltenberg und weiter entfernter Ziele wie Aschaffenburg oder Frankfurt geschlossen. Miltenberg bzw. die von dort abgehenden Züge kann nun aus allen Ortsteilen um 6:30, 7:30 und 8:30 Uhr erreicht werden.

Am Nachmittag wurden vormals nur an Schultagen bestehende Rückfahrten in die Orte und Ortsteile oberhalb Eichenbühls an allen Werktagen verfügbar gemacht, alle zwei Stunden bringt ein Bus Schüler, Berufstätige oder Einkäufer nach Hause.

Die vormals in einem Rundkurs, mit wechselndem Drehsinn und somit eingeschränkter Merkbarkeit, gefahrene Stadtbuslinie für die Gemeinden Kleinheubach und Rüdenu sowie die vormals nur als Anschluss gefahrene Anbindung von Laudenburg an die VG Kleinheubach wurden in einer durchgehenden Linie Miltenberg – Rüdenu – Kleinheubach – Laudenburg zusammengefasst. Somit wurden alle nachgefragten Ziele wie Schule, Krankenhaus, Miltenberg-Stadt oder Bahnhof in einem leicht merkbaren Takt weitgehend stündlich umsteigefrei erreichbar gemacht.

Kosten und Beschluss erfolgen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 13:

Stärkung der Anerkennungskultur

Landrat Scherf erklärt, man habe vor zur Verleihung der Ehrenplaketten und des Ehrenpreises des Landkreises Miltenberg sowie den Ehrenzeichen des Bayerischen Ministerpräsidenten zu einem eigenen Ehrenabend einzuladen, um diese Auszeichnungen in einem feierlichen, wertschätzenden Rahmen auszuhändigen. Dies werde am 5. Februar 2014 sein. Da der Ehrenpreis bisher am Neujahrsempfang ausgehändigt worden sei, müsse man nun mit dem nächsten Tagesordnungspunkt die Ehrenordnung des Landkreises Miltenberg entsprechend ändern. Der Ehrenabend sei ein Standbein am 05.02.2015, außerdem werde es ein Tag des Ehrenamtes geben, dafür habe man die Woche des Bürgerschaftlichen Engagements vorgesehen. Im Jahre 2014 sei diese Woche unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten zum 10. Mal abgehalten worden mit insgesamt 2.800 Veranstaltungen. Im Jahr 2015 findet die Woche vom 11. bis 20. September statt. Diese beiden Veranstaltungen wären die Standbeine für eine Wertschätzung des Ehrenamtes. Darauf habe ihn auch Kollege Reinhard gebracht mit dem sehr gelungenen und wunderschönen Ehrenabend in Niedernberg.

Kreisrat Reinhard erklärt zum Thema Neujahrsempfang, Herr Kümmel habe ihn angerufen und gefragt, wie er dazu stehe. Er habe es bedauert, da der Neujahrsempfang immer eine würdige Veranstaltung gewesen sei, es sei aber auch die Kompetenz des Landrates. Ihm sei aber nicht bewusst gewesen, dass dies in der Satzung verankert sei. Die Änderung der Satzung nach der Entscheidung bedauere er.

Landrat Scherf antwortet, er verstehe ihn voll und ganz. Er hätte sich auch einen anderen Ablauf gewünscht, sowohl die Fraktionsvorsitzendenbesprechung als auch der Kreisausschuss seien aber so spät gewesen, dass man hab es einfach den Leuten habe mitteilen müssen. Er hege große Wertschätzung gegenüber Roland Schwing und dem Neujahrsempfang. Man kenne aber die räumliche Enge, es habe keinen Spielraum gegeben, am Kreis der Einzuladenden etwas zu ändern, auch die knappe Zeit und die Frage, ob man an einer bewährten Sache etwas verändere oder nicht. Er gehe nun einen neuen Weg.

Kreisrat Reinhard ergänzt, im September habe er mit den Fraktionsvorsitzenden über den Abend gesprochen und daher sei es doch nun eine Überraschung gewesen.

Landrat Scherf antwortet ganz offen, im September habe man noch versucht, mögliche Änderungen und Lösungen zu finden. Er habe sich entschieden, es so stehen zu lassen, nun gehe man neue Wege und es gebe neue Veranstaltungen. Es werde einfach anders gemacht. Er bitte darum, sich darauf einzulassen. Er sage nicht, dass es besser werde, aber es werde auch gut.

Auch Kreisrat Fieger findet es auch schade, dass der Neujahrsempfang abgeschafft werde. Es sei ein positiver Auftakt zu Beginn des Jahres gewesen und das Flaggschiff des Landratsamtes in Sachen Kontakt- und Imagepflege. Die Veranstaltung habe aus verschiedenen Teilen bestanden. Ein solches Publikum werde es für die zu Ehrenden in einem solchen Umfang vielleicht nicht mehr geben. Er fügt hinzu, es sei auch eine wertvolle Veranstaltung zur Kontaktpflege gewesen, für den Landrat, die Verwaltung und auch die Politik. Für junge Juristen sei dies eine hervorragende Gelegenheit gewesen, um sich miteinander bekannt zu machen.

Er bedauere sehr die Enttäuschung, so Landrat Scherf. Er verweist noch einmal auf die räumliche Enge und die begrenzte Personenanzahl, gerade im Hinblick auf den genannten Austausch. Man werde andere Formen finden und neue Wege gehen. Die Lösung habe man auch intern abgeklärt.

Kreisrat Thomas Zöller merkt an, vielleicht sei es ab und zu auch ganz gut, etwas Neues auszuprobieren. Er sei gespannt, was der Landrat biete. Zur Änderung der Ehrenordnung ergänzt er, er würde sich beim Wort „Ehrenabend“ nicht festlegen wollen, sondern eher beispielsweise „Veranstaltung“ statt.

Kreisrat Dr. Kaiser erklärt seine Übereinstimmung mit den Kreisräten Fieger und Reinhard, er habe den Austausch am Neujahrsempfang immer sehr genossen und es sei eine gute Sache gewesen. Ein weiterer Aspekt sei, dass es keine weitere Veranstaltung für alle Kreistagsmitglieder zum Austausch gebe.

Landrat Scherf antwortet, diesen Austausch für die Kreistagsmitglieder werde es geben. Man plane gerade. Er wage es aber kritisch anzumerken, dass es nicht nur den Neujahrsempfang für die Kreistagsmitglieder gegeben habe. Im Laufe des Jahres gebe es, auch im Hinblick auf Anerkennung, sehr viele Veranstaltungen zur Würdigung von Ehrenamtlich tätigen. Dazu werden die Kreistagsmitglieder eingeladen. Und wenn es um die Anerkennung gehe, wäre eine Erhöhung der Präsenz, gerade durch Kreisrätinnen und Kreisräte, auch ein gutes Instrument, diesen Menschen die Anerkennung zu zeigen und nicht nur zu erwarten, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt die Vertreter von Polizei, Feuerwehr, Wirtschaft und Industrie kommen. Er lädt daher ein, diese Veranstaltungen stärker wahrzunehmen.

Kreisrat Dr. Linduschka merkt an, bei der neuen Veranstaltung in würdigem Rahmen sei es wichtig, dass neue und alte Kreisrätinnen und Kreisräte mit Anwesenheit glänzen, damit die Ehrenamtlichen nicht unter sich bleiben.

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 14:

Änderung der Durchführungsrichtlinien der Ehrenordnung des Landkreises Miltenberg

Landrat Scherf bezieht sich auf den vorherigen Tagesordnungspunkt und erläutert, bisher wurde der Ehrenpreis des Landkreises Miltenberg gemäß den Durchführungsrichtlinien zur Ehrenordnung anlässlich des Neujahrsempfanges ausgehändigt. Wie bereits im Tagesordnungspunkt 13 erläutert, wird es den Neujahrsempfang in dieser Form allerdings nicht mehr geben. Daher sind die Durchführungsrichtlinien zur Ehrenordnung des Landkreises Miltenberg im Wortlaut entsprechend anzupassen und der Neujahrsempfang durch einen Ehrenabend zu ersetzen.

Der Kreisausschuss fasst mehrheitlich bei drei Gegenstimmen den

B e s c h l u s s :

Die Durchführungsrichtlinien zur Ehrenordnung des Landkreises Miltenberg werden geändert:

zu § 1

*(2) Die Preisverleihung findet anlässlich **einer repräsentativen Veranstaltung** statt.*

zu § 2

*(2) Die Preisverleihung findet anlässlich **einer repräsentativen Veranstaltung** statt.*

zu § 3

*(1) Die Verleihung der Ehrung erfolgt im Rahmen **einer repräsentativen Veranstaltung**.*

zu § 8

*(7) Die Preisverleihung für beide Sparten findet anlässlich **einer repräsentativen Veranstaltung** statt.*

zu § 9

*(5) Die Preisverleihung findet anlässlich **einer repräsentativen Veranstaltung** statt.*

Die übrigen Regelungen bleiben davon unberührt.

Tagesordnungspunkt 15:

Anfragen

Frau Seidel weist auf eine Broschüre „Ländliche Entwicklung in Bayern – Landkreisinformati-
on Miltenberg 2015“ vom Amt für ländliche Entwicklung hin.

Der Kreisausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

Es liegen keine Anfragen vor.

gez.

Scherf
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin